

Protokoll:

Die LINKE-PARTEI Fraktion begründet den Antrag.

Oberbürgermeister Langer trägt die Stellungnahme der Verwaltung vor (ST/0072/2023).

Die CDU-Fraktion gibt an, den Antrag abzulehnen. Die Begründung zum Urteil des BVerwG stehe noch aus. Diese bleibe jedoch abzuwarten, weil sich erst aus dieser die genauen Vorgaben für die Abgabe ableiten lassen.

Die AfD-Fraktion spricht sich gegen den Antrag aus.

Die WGS-Fraktion lehnt den Antrag ab.

Die FW-Fraktion kündigt ebenfalls an, den Antrag abzulehnen.

Die SPD-Fraktion unterstützt den Ansatz der Verwaltung, zunächst die Gerichtsurteile abzuwarten sowie Rücksprache mit den anderen Kommunen zu halten, bis man Details zur Entscheidung habe. Sie fasst diese Punkte als Änderungsantrag zusammen.

Die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen unterstützt den Vorschlag der Verwaltung.

Die FDP-Fraktion gibt an, den Antrag abzulehnen.

Der Stadtrat stimmt darüber ab, dass die Verwaltung im Anschluss an die abzuwartenden Gerichtsurteile und Begründungen mit einem neuen Vorschlag an den Stadtrat herantritt.